Die Blaue Donau

Dezember 2018

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht.

In Eigener Sache

Wie Ihnen sicherlich allen schon aufgefallen ist, gibt unser Vorstand zwei unterschiedliche Ausgaben des Magazins *Neues aus dem Kreisverband* heraus. Das ursprüngliche Format bleibt weiterhin bestehen und wird **ausschließlich** Berichte und Meinungen aus dem KV-Vorstand transportieren.

Das neue Format, welches Sie gerade in Händen halten wird ein Magazin werden **von Mitgliedern für Mitglieder!** Das bedeutet, daß wir Sie herzlich auffordern möchten, uns Ihre Meinungen und Gedanken zum aktuellen parteilichen Tagesgeschehen mitzuteilen. Dies kann in der Kürze eines Leserbriefes daherkommen, oder aber auch als größerer Artikel. Alles, was jugendfrei ist und inhaltlich im weitesten Sinne mit der AfD zu tun hat wird veröffentlicht!

Haben Sie Fragen und Anregungen, an den Vorstand aber auch an die Mitglieder des KV, dies hier ist der richtige Platz dafür. Kennen Sie Termine zu interessanten Veranstaltungen, Vorträgen, Kundgebungen? Teilen Sie sie uns mit!

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge/Kommentare, die Sie bitte an nachfolgende Mailadresse schicken, die Veröffentlichung erfolgt auf Wunsch auch anonym: claus.wagner@afd-bw.de.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Termine

22.12.2018: Infostand zum Thema "UN-Migrationspakt" und Glühweinausschank, 10:00 - 14:30. Ort: Ulm, Glöcklerstraße, Höhe Neuer Brunnen

9.01.2019: Mittwoch ab 19:00 Stammtisch, Thema Kommunalwahl

11.01.2019: Europawahlversammlung in Riesa/Sachsen (bis 14.01.)

26.01.2019: Aufstellungsversammlung zur Kreis- und Kommunalwahl in [REDACTED] 11:00 - 14:00: Aufstellungsversammlung OV Ulm Stadtratswahlen; 15:00 - 18:00: Aufstellungsversammlung KV Ulm/ Alb-Donau Kreistagswahlen

Was War

Vortrag von Markus Frohnmaier MdB am 5.12.2018 zum UN-Migrationspakt - "Neue Völkerwanderung?"

Am 5.12. hatten wir den Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier bei uns auf dem Stammtisch. Er hielt einen informativen Vortrag zum UN-Migrationspakt, der ja bekanntlich am 11./12.12. in Marrakesch unterschrieben werden soll.

Markus Frohnmaier ist ordentliches Mitglied im *Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*. Zu Beginn seines Vortrags gab er einige Geschichten aus der Ausschussarbeit zum Besten: so las er einige Titel von Fördermaßnahmen vor, die sich allesamt mit der Unterstützung von Gender-Themen in der 3. Welt befassen. Überflüssigeres hat die Welt selten gesehen! Auch erfuhren wir, daß die Bundesrepublik Deutschland Entwicklungshilfe an die Volksrepublik China auszahlt, welches China wohl verwendet, um im Gegenzug Teile der deutschen Schlüsselindustrie damit aufzukaufen!

Auf seine Initiative hin stellte die AfD-Fraktion im Oktober 2018 einen Antrag im Deutschen Bundestag mit dem Titel *Entwicklungshilfe für bei Abschiebungen nicht kooperierende Staaten beschränken* (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/050/1905042.pdf>).

MdB Markus Frohnmaier am Stammtisch.

Dies war auch der Übergang zum **Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration**. Dieser leitet sich aus den Zielsetzungen des *Paktes von der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* und der *2016er Erklärung von New York* ab. So definiert die Agenda 2030 eine globale Transformation (offizieller deutscher Titel: *Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*) mittels 17 Nachhaltigkeitszielen.

Im globalen Migrationspakt wird dann die Welt zum globalen Dorf. Auch wenn es so nicht explizit erwähnt wird, so bereitet der Pakt ein Menschenrecht auf Migration vor. Weiterhin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, eine Grundversorgung aller zuziehenden Migranten sicherzustellen. Aber es darf ruhig etwas mehr sein: da wird die Teilnahme am Sozialsystem sowie am Arbeitsmarkt schon zur Selbstverständlichkeit.

Demonstration gegen den UN-Migrationspakt am 8.12.2018 in Stuttgart

von Marcus [REDACTED]

Am Samstag, den 8.12.2018, fuhren Elisabeth [REDACTED] und ich mangels weiterer Teilnehmer zu zweit nach Stuttgart zur Demo, die von MdL Stefan Rapp organisiert wurde.

Ohne Behinderungen konnten wir vom Hauptbahnhof zum Kronprinzplatz laufen, dieser war durch 2 Wasserwerfer und 6 Hundertschaften Polizei massiv abgesichert.

Schon kurz vor Start der Kundgebung vor ca. 100 Teilnehmern auf unserer Seite näherte sich der linke Mob der Antifa, Jusos, Grünen und dem

üblichen Gesindel, ca. 600 Personen, lautstark unserem Kundgebungsplatz, wurde jedoch von der Polizei auf ausreichendem Abstand gehalten.

Dank einer leistungsstarken Lautsprecheranlage konnten wir die überzeugenden und argumentativ toll vorgebrachten Reden der Vortragenden Stefan Rapp, Linda Amon und Wolfgang Gedeon ohne Probleme genießen.

Kurz vor Ende der Veranstaltung verließen Elisabeth und ich die Kundgebung, da wir unseren Zug nicht verpassen wollten.

Im Nachhinein erfuhren wir von dem Anschlag auf Rapps Auto durch den Wurf einer Holzbank in die Windschutzscheibe seines Autos bei seiner Heimfahrt.

Eine derart aggressive und feindselige Stimmung des linken Mobs gegen uns habe ich selten erlebt, wenn das in diese Richtung weiter eskaliert ist es nur eine Frage der Zeit, bis irgendwann die ersten Toten auf den Straßen liegen.

Beschämend auch das teilnahmslose und desinteressierte Verhalten der Bevölkerung in Stuttgart, ca. 35.000 bummelten in der Fußgängerzone in den Geschäften und auf dem Weihnachtsmarkt, während eine Handvoll Patrioten kaum 100 Meter weiter gegen den Ausverkauf unserer Heimat aufstand.

Unser Freund und Helfer ist auch schon vor Ort.

Die Redner Linda Amon, Stefan Räßle und Wolfgang Gedeon.

Infostände in Ulm und um Ulm herum

von Markus [REDACTED]

Wenige Themen haben zum einen Mitglieder und Sympathisanten, aber auch unsere Bürger insgesamt so bewegt wie der „UN Migrationspakt“, das trojanische Pferd unserer Noch-Kanzlerin.

Grund genug für die Bundespartei, eine entsprechende Informationskampagne zu starten und Drucksachen verschiedenster Art sowohl als Download als auch fertig auszuarbeiten.

Prima, so wünscht sich die Basis auch in Zukunft die Arbeit, so muß sich nicht jeder Kreisverband selbst bemühen und „das Rad neu erfinden“!

So mit „Flyern“ versorgt, haben wir Ulmer an zwei Freitagen Infostände jeweils vormittags in Wiblingen und nachmittags in Söflingen veranstaltet.

Um der von uns unterstützen Petition zum Migrationspakt einen größtmöglichen Erfolg zu

[REDACTED] in Söflingen.

verschaffen, haben wir ein Plakat samt QR-Code zum direkten Aufruf der Internetseite auf unseren Stoppern aufgezogen. Markus hat es sich auch nicht nehmen lassen, das seitens der Bundespartei angebotene Plakat auf Stoppergröße zu bringen und mit einem (natürlich wegen der Bildrechte selbst fotografierten...) Münstermotiv lokal anzupassen.

Die Infostände waren mit stets mindestens vier Mitgliedern und Freunden so gut besetzt, daß sowohl Interessenten für ihre Fragen und Meinungsäußerungen stets ein offenes Ohr fanden und zugleich jedem Passanten ein Flyer angeboten werden konnte.

Die Resonanz war in Wiblingen wie stets groß, in Söflingen deutlich weniger verhalten als wir es in der Vergangenheit schon erlebten. Überraschend viele Vorübergehende waren weitestgehend, um nicht zu sagen hervorragend informiert und von sich aus über die drohenden Folgen beunruhigt. Besonders sauer stieß jedem, selbst dem neutralen Kritiker das klammheimliche, nachrichtenlose Durchwinken des Paktes auf.

Ähnlich verliefen die Samstage, für die wir seitens der Stadt leider keine Genehmigung für einen Infostand in der Fußgängerzone erhielten. Wir haben aus der Not eine Tugend gemacht und in der Hirschstraße unsere Sicht der Dinge an den Mann und die Frau gebracht.

Besonders in Erinnerung bleibt die weibliche Unterstützung von der bayrischen Seite am zweiten Samstag, dem 1.12. Mit dann fünf Verteilern quer über die Hirschstraße, davon drei Frauen, konnte uns niemand mehr entwischen. Ganz zu schweigen davon, daß das sonst übliche Geschlechterverhältnis komplett auf den Kopf gestellt war!

Namentlich haben sich Meeli, Joachim, Robert, Claus, Werner und Markus präsent gezeigt, auch einige andere bekannte Gesichter haben sich für eine Weile zu uns gestellt.

Was haben wir nun erreicht? War der Einsatz sinnlos, wie es der einen oder anderen „Unkerei“ zu entnehmen war?

Definitiv nein! Es war von vornherein klar, daß die Unterzeichnung des Paktes seitens unserer allseits beliebten Rauten-Dame kommen würde und allenfalls durch eine breite Verweigerung seitens der potentiellen Einwanderungsländer zu verhindern gewesen wäre.

So haben wir den erhofften Aufmerksamkeitserfolg erzielt und unseren Landsleuten einmal mehr verdeutlicht, wer im Land wirklich ihre Interessen vertritt. Nämlich einzig und allein die AfD, die Partei des Grundgesetzes!

in Wiblingen.

Aktuelles

Junge Alternative vor dem Aus?

Derzeit sehen sich die Landesverbände der Jungen Alternative (JA) einer zunehmenden Distanzierung seitens des AfD-Bundesvorstandes gegenüber. Hintergrund ist die mögliche Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Tatsächlich wird die JA bereits in Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen beobachtet. Anfang November 2018 löste sich dann der Landesverband Schleswig-Holstein selbst auf.

In Baden-Württemberg verließ denn auch der frühere JA-Bundesvorsitzende Markus Frohnmeier die Junge Alternative. Seine Begründung zu diesem Schritt ist, daß die Jugendorganisation durch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz stark an Attraktivität verloren hat.

Hier hat jetzt der AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg ein klares Statement gegeben: der LV steht hinter der Jugendorganisation,

- Landes-AfD rückt nicht vom Parteinachwuchs ab (<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/landes-afd-rueckt-nicht-vom-parteinachwuchs-ab-28496550.html>)
- AfD hält noch an Junger Alternative fest (<https://mobil.n-tv.de/politik/AfD-haelt-noch-an-Junger-Alternative-fest-article20763179.html>)

allerdings unter Auflagen.

"Die Mitglieder des JA-Vorstandes haben sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie zu den Grundsätzen der AfD und der JA bekannt. Sie haben uns versichert, rigoros gegen jegliche Entgleisungen ihrer Mitglieder in Wort und Bild vorzugehen. Sie bekennen sich außerdem zum Unvereinbarkeitsbeschuß bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung (IB)", so Thilo Rieger, Pressesprecher des Landesverbandes in Stuttgart. Die JA BW wird also selbst zuschauen, daß ihr Stall sauber bleibt.

Unterdessen bekam die Jungorganisation unerwartete Schützenhilfe: Der AfD-Konvent entschied sich in Magdeburg dagegen, der Jungen Alternative den Status als Jugendorganisation der AfD abzuerkennen. Nach Angaben aus Parteikreisen beschloss der Konvent, die Aktivitäten des Parteivorstandes in Sachen JA konstruktiv zu begleiten.

Pressemitteilungen

Pressemitteilung vom 6.12.2018 Innere Sicherheit: Berg sieht sich durch Polizeigewerkschaft bestätigt

Stuttgart, 06.12.2018. „Auf den Polizeitischen stapeln sich nach Angaben der Polizeigewerkschaft die Akten von Intensivtätern, es fehlt an Personal und die Ausrüstung ist auch mangelhaft“, bemerkt Lars Patrick Berg zur Kritik der Polizeigewerkschaft. Die Sicherheitslage in Baden-Württemberg sei bei weitem nicht so rosig, wie die Landesregierung sie darzustellen versuche.

Die Polizeigewerkschaft hatte moniert, dass bei einem mit 2,4 Milliarden Euro außergewöhnlich hohem Nachtragshaushalt nur 24 Millionen in den Bereich der inneren Sicherheit investiert werden. Wer so handle, müsse unter einer Glasglocke leben und die Realität nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Sie bestätigt damit die Einschätzung des innenpolitischen Sprechers der AfD-Landtagsfraktion, Lars Patrick Berg, die Polizei sei in den letzten Jahren kaputt gespart worden. Lars Patrick Berg stellt fest:

„Die Landesregierung hat sich in den Elfenbeinturm mit gepanzerten Limousinen und Leibwächtern bequem zurückgezogen und will den Bürgern erklären, sie müssten sich nur sicher

fühlen, dann sei alles in bester Ordnung. So wird aber keine Sicherheit im Land hergestellt“.

Berg fordert auch mit Blick auf die aktuelle Haushaltsdebatte deutliche Investitionen in die Polizei. Auch die Aufstiegsmöglichkeiten der Polizeibeamten müssten seiner Meinung nach verbessert werden, um den Beruf des Polizeibeamten wieder attraktiver zu machen.

Für Rückfragen steht Ihnen das Büro Berg zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Patrick Berg

Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

AfD-Fraktion
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon
+49 711 2063 - 5615

Pressemitteilung vom 10.12.2018 Linksterroristischer Anschlag auf Stefan Räßple

Stuttgart, 10.12.2018. „Klare Worte der Verurteilung des lebensgefährdenden Anschlages auf Stefan Räßple“ fordert Lars Patrick Berg von den anderen Landtagsfraktionen. Linke Gewalt dürfe nicht länger verharmlost werden. Dies komme einer stillschweigenden Bejahung gleich.

Mehrere hundert Polizeibeamte waren am Samstag zum Schutz der Demonstration von Stefan Räßple, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, im Einsatz. Die Demonstration richtete sich gegen den umstrittenen Migrationspakt. Grund genug u.a. für Linksextremisten, friedliche Demonstrationsteilnehmer zu jagen. Dabei gab es mehrere Opfer. Eine Polizeibeamtin erlitt ein Knalltrauma durch einen Böller und zwei weitere Polizeibeamte wurden durch Pfefferspray verletzt. Trauriger Höhepunkt der Eskalation linker Gewalt war der Wurf einer massiven Holzbank auf das fahrende Auto mit Stefan Räßple. Der Sachschaden beträgt zwischen drei und fünftausend Euro. Räßple und sein Fahrer kamen mit dem Schrecken davon. Lars Patrick Berg äußert hierzu:

„Wer das Demonstrationsrecht so mit Füßen tritt, wie es diese Gewalttäter tun, der lehnt ganz offen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aus seinem tiefsten Inneren ab. Wer dabei auch vor Tötungsversuchen nicht zurückschreckt, muss unerbittlich die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Ich erwarte von Minister Strobl, den Vorfall zur Chefsache zu machen!“

Auch wenn Berg oftmals Stil, Umgangsform und Ausdrucksweise Räßples ablehne, müsse dennoch der Rechtsstaat und müssten die Grundrechte ohne Ansicht der Person für alle gelten. „Für viele Linksextremisten gilt die Menschenwürde, gelten Grundrechte und Demokratie allenfalls für Gleichgesinnte, nicht aber für Andersdenkende. Das ist eine katastrophale Entwicklung in unserem Land. Und die Landesregierung schaut tatenlos zu.“ So Berg unter Verweis, den Sachverhalt im Innenausschuss per Berichtsantrag aufarbeiten zu wollen.

Für Rückfragen steht Ihnen das Büro Berg zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Patrick Berg

Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

AfD-Fraktion
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon
+49 711 2063 - 5615

Rücktritt Ralf Özkara

Am Mittwoch den 21. November gab Ralf Özkara bekannt, nicht mehr als Sprecher des Landesverbandes Baden-Württemberg zur Verfügung zu stehen. Als Grund gab Özkara private und berufliche Gründe an. Er ist jetzt als Referent der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag tätig. Marc Jongen, der mit Ralf Özkara eine Doppelspitze im Landesvorstand bildete ist bis zur Landesvorstandswahl alleiniger Landessprecher.

Ralf Özkara am 2.6.2018 in Bruchsal.

AfD-Landeschef Özkara zurückgetreten - neuer Posten in Bayerns Landtag (<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/afd-landeschef-ralf-oezkara-will-zuruecktreten--160284809.html>).

Inflation auf 10-Jahres-Hoch

von Markus Mössle

Mal schauen, ob die EZB demnächst den Leitzins erhöht, um der steigenden Inflation zu begegnen. Pessimisten (oder besser: Realisten) befürchten allerdings, daß, solange der Euro existiert der Leitzins nie mehr nennenswert über Null steigen wird!

Inflation auf 10-Jahres-Hoch

Die Inflationsrate in Deutschland hat im Oktober den höchsten Stand seit gut zehn Jahren erreicht. Nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamts kletterten die **Verbraucherpreise** auf Jahressicht um 2,5 Prozent. Preistreiber waren vor allem der Energiesektor (8,9 Prozent) und Pauschalreisen (7,0 Prozent). Nur unterdurchschnittlich legten Nahrungsmittelpreise (1,9 Prozent) und Mieten (1,6 Prozent) zu. Die Lage am **Arbeitsmarkt** bleibt derweil entspannt. Die Zahl der Erwerbslosen ist im Oktober um 53 000 auf 2,204 Millionen gesunken. Saisonbereinigt lag das Minus bei 11 000 Personen. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent.

2.11.2018 / WirtschaftsWoche 45

43

DIE DEUTSCHE KONJUNKTUR IN ZAHLEN

Jeweils aktuellste Werte

	2017	III/17	IV/17	I/18	II/18	Letztes Quartal zum Vorjahr in Prozent
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Durchschnitt	Veränderung zum Vorquartal in Prozent				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	0,6	0,5	0,4	0,5	2,3
Privater Konsum	1,8	0,1	0,2	0,5	0,3	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	3,7	0,4	0,3	1,4	0,5	5,4
Bauinvestitionen	2,9	-0,1	0,2	1,6	0,6	3,2
Ausfuhren	4,6	1,2	1,7	-0,3	0,7	4,2
Einfuhren	4,8	0,8	1,3	-0,2	1,7	4,1

	2017	August	September	Oktober	November	Letzter Monat zum Vorjahr in Prozent
Arbeitsmarkt, Produktion und Preise	Durchschnitt	2018	2018	2018	2018	
Industrieproduktion ¹	2,7	-0,3	-	-	-	-0,2
Auftragseingänge ¹	5,6	2,0	-	-	-	-2,3
Einzelhandelsumsatz ²	2,4	-0,3	-	-	-	1,5
Exporte ²	6,2	-0,1	-	-	-	2,2
Ifo-Geschäftsklimaindex	103,2	103,9	103,7	102,8	-	-1,6
Einkaufsmanagerindex	59,4	55,9	53,7	52,3	-	-13,7
GfK-Konsumklimaindex	10,4	10,6	10,5	10,6	10,6	-0,9
Verbraucherpreise ³	1,7	2,0	2,3	2,5	-	-
Erzeugerpreise ³	2,8	3,1	3,2	-	-	-
Arbeitslosenzahl ⁴	2531	2326	2303	2292	-	-7,9
Offene Stellen ⁴	730	805	811	-	-	7,7

¹ produzierendes Gewerbe, Veränderung zum Vormonat in Prozent; ² Veränderung zum Vormonat in Prozent; ³ Veränderung zum Vorjahr in Prozent; ⁴ in Tausend, saisonbereinigt; alle Angaben bis auf Vorjahresvergleiche saisonbereinigt. Quelle: Thomson Reuters

POLITIK

Neuer Verfassungsschutz-Chef will AfD beobachten lassen

Derzeit werden Analysen verschiedener Landesämter für Verfassungsschutz über die AfD ausgewertet. Anschließend soll entschieden werden, inwieweit eine Beobachtung nötig sei.

2